BLITZ LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

NR.4 - MITTWOCH, 26. JANUAR 2011

Entscheidung spiegelt sich in Verärgerung der Bürger wider

Ziel mit Unterschriftenaktion in Boltenhagen bereits erreicht

Boltenhagen (mo). Die Stimmung kocht hoch im Ostseebad Boltenhagen. Nach der Entscheidung der Gemeindevertreter, die Amtsfreiheit dieser Gemeinde aufzugeben, wird der Unmut vieler Einwohner immer lauter.

Am 14. Januar meldeten deshalb mehrere Bürger einen Bürgerentscheid nach § 20 der Kommunalverfassung M-V an. Durch den Bürgerentscheid soll die Frage geklärt werden. „Sind Sie für den Erhalt der Amtsfreiheit der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen?" Im Rahmen des Bürgerentscheides soll allen Einwohnern die Möglichkeit gegeben werden, das Leitbild vom mündigen Bürger und von einer bürgernahen Verwaltung mit Leben zu erfüllen. Die Initiatoren des beantragten Bürgerentscheides sehen verfassungskonform die Gemeinde als wesentliche Grundlage des demokratischen Staates, die in freier Selbstverwaltung das Wohl ihrer Einwohner fördert.

Laut Pressestelle des Landkreises Nordwestmecklenburg ist dieser beabsichtigte Bürgerentscheid in Boltenhagen nicht möglich. „Bürgerentscheide dürften nach der Kommunalverfassung nur zu wichtigen Entscheidungen in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde durchgeführt werden", heißt es in der Pressemitteilung.

Weiter: „Die Entscheidung über den Erhalt oder die Aufgabe der Amtsfreiheit soll jedoch das Innenministerium und nicht die Gemeinde treffen. Ein Bürgerentscheid sei auch nicht zur Willensbildung für die Gemeinde innerhalb des Anhörungsverfahrens vor Erlass einer entsprechenden Verordnung des Innenministeriums zulässig. Das in der Kommunalverfassung für eine echte Bürgerbeteiligung vorbehaltene Instrument des Bürgerentscheides dürfe nicht für die Durchführung bloßer Umfragen missbraucht werden."

Für die Initiatoren des Bürgerentscheides steht bereits fest: „Wir haben eine Unterschriftenaktion durchgeführt und werden genügend Stimmen zusammenbekommen." Diese soll am kommenden Donnerstag, 27. Januar, dem Gemeindevorsteher während der Gemeindevertretersitzung übergeben werden.

„Es geht uns dabei nicht um Entscheidungen, die die Gemeindevertretung beschließt, sondern um das Mitspracherecht der Einwohner", erzählt Erika Werner aus Redewisch. Sie ist empört über die Entscheidung, dass über den Köpfen hinweg ein Beschluss zu einem Thema gefasst wurde, welches seit 20 Jahren oberste Priorität hatte - nämlich die Amtsfreiheit in Boltenhagen. „Wenn man sich die Themen der Wahlkämpfe einer jeden einzelnen Partei der vergangenen Jahre anguckt, ist leicht zu erkennen, dass die Erhaltung der Amtsfreiheit immer an erster Stelle stand. Und nun wird schnell ein Beschluss gefasst, der die Amtsfreiheit aufheben soll - das hat uns sehr verwundert", so Erika Werner.

Auch für Dieter Büchner, der selbst in der Vergangenheit Gemeindevertreter war, kommt dieser Beschluss überraschend. „Dieses Thema stand in jedem Wahlprogramm: ‚Wir werden uns keinem Amt anschließen.' Aus meiner Sicht möchte man den Bürgermeister loswerden, aber bitte nicht auf diese Art und Weise", gibt sich Dieter Büchner empört.

Über die übereilte Beschlussfassung ist auch Erhard Matzak verärgert. „Ich kann es nicht nachvollziehen. Zumindest eine Einwohnerversammlung hätte es vorher geben sollen. Deshalb engagieren wir uns nun für eine Unterschriftensammlung. In Redewisch beispielsweise haben über 90 Prozent unterschrieben."

Zusammenschluss: Boltenhagens Angliederung an das Amt Klützer Winkel geht in die nächste Runde

Gemeindevertreter vertagen Stellungnahme

407 Unterschriften sind im Ostseebad gesammelt worden – mit der Forderung: Die Bürger sollten befragt werden.

Von Kerstin Schröder

Boltenhagen – Bis Ende Januar erwartet das Innenministerium eine Stellungnahme zur möglichen Verwaltungsfusion Boltenhagens mit dem Amt Klützer Winkel. Die Gemeindevertreter haben sich jedoch nicht positioniert: Grund war eine Unterschriftenliste – mit der Forderung, dass zunächst die Bürger befragt werden sollten.

Gleich zu Beginn der Gemeindevertretersitzung übergab Dieter Büchner eine Unterschriftenliste an Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg (CDU). Sie sei von „beherzten Bürgern und mit vielen Helfern" durchgeführt worden, so Büchner. 407 Unterschriften seien zusammengekommen. Doch auch nach Aktionsende hätte das Telefon weiter geklingelt: „Es wären noch weit mehr Unterschriften zusammengekommen", sagte Büchner. Er betonte, dass über die Amtsfreiheit nicht ohne eine breite Mehrheit der Bürger entschieden werden sollte. Und Mitinitiatorin Erika Werner ergänzte: „Wir sind weder dagegen noch dafür, sondern für die Meinungsfreiheit."

Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg bezeichnete die Unterschriftensammlung als „großes Engagement, das die Gemeindevertretung sicherlich unterstützen würde, wenn der Landkreis nicht im Vorfeld mitgeteilt hätte, dass ein Bürgerbegehren unzulässig ist".

Der Boltenhagener Kurt Viergutz warf Christian und Hans-Otto Schmiedeberg vor, mit der Amtsaufgabe den Bürgermeister loswerden zu wollen und die Gemeindevertreter dahingehend zu beeinflussen. „Wir wollen, dass sie zusammenarbeiten und sich nicht streiten", sagte Viergutz. Wie Christian Schmiedeberg entgegnete, seien die anderen zwölf Gemeindevertreter sehr wohl in der Lage, eigene Entscheidungen zu treffen. „Es stimmt, dass die Chemie zwischen Bürgermeister und Gemeindevertretung angespannt ist. Aber sie ist nicht die Ursache für die Diskussion um die Amtsfreiheit, sondern nur ein Katalysator", so Schmiedeberg.

„Die Spannungen verfolgen wir seit geraumer Zeit. Es ist nicht unsere Aufgabe Partei zu ergreifen", sagte Dirk Matzick vom Innenministerium. Eingegriffen werden müsste, weil die kommunale Selbstverwaltung im Ostseebad Boltenhagen nicht mehr funktioniere. „Das hat eine Vielzahl von Gründen", so Dirk Matzick. Um diese zu beseitigen, laufe eine Anhörung zur möglichen Amtsaufgabe. „Ob es der beste Weg ist, die kommunale Selbstverwaltung wieder herzustellen, wird sich zeigen", so Matzick.

„Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, das Innenministerium hat mehrere Lösungen vorgeschlagen", sagte Bürgermeister Olaf Claus. Er hatte während der Bürgerfragestunde dem Gemeindevorsteher mehrere Fragen gestellt. Als es um anonyme Schreiben und Behauptungen ging, „bezeichnete ich Christian Schmiedeberg als Lügner", teilte Olaf Claus gestern mit. Für die Behauptung habe er sich im nichtöffentlichen Teil der Sitzung entschuldigt. „Er nahm meine Entschuldigung an und stimmt mit mir darin überein, dass derartige Äußerungen nicht geeignet sind, zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Gemeindevertretung und Bürgermeister beizutragen", so Claus.

Angesichts der Unterschriftensammlung haben die Gemeindevertreter das Thema Amtsaufgabe von der Tagesordnung genommen – bis Landkreis und Innenministerium erklären, ob ein Bürgerbegehren etwas bringen würde, so Heinz-Dieter Schultz (SPD).

Die von Landrätin Birgit Hesse (SPD) angekündigte Informationsveranstaltung zum Thema Chancen und Auswirkungen der Amtsangehörigkeit der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen findet am Donnerstag, dem 3. Februar, um 18 Uhr im Kur- und Festsaal statt.



„Das letzte Wort zur Aufgabe der Amtsfreiheit ist noch nicht gesprochen."

Olaf Claus, Bürgermeister von Boltenhagen



„Die angespannte Lage ist nicht die Ursache der Diskussion um die Amtsfreiheit."

Christian Schmiedeberg (CDU), Gemeindevorsteher in Boltenhagen

Amtsausschuss will den Fahrplan ändern

Kritik am Innenministerium: Die Aufnahme von Boltenhagen ins Amt brauche länger als acht Wochen.

Klütz – Im Gegensatz zu Boltenhagen wurde im Amt Klützer Winkel sehr wohl über die Zuordnung des Ostseebades zum Amt Klützer Winkel diskutiert. Am Ende stand eine Stellungnahme für das Innenministerium, die der Amtsausschuss mit einer Gegenstimme annahm.

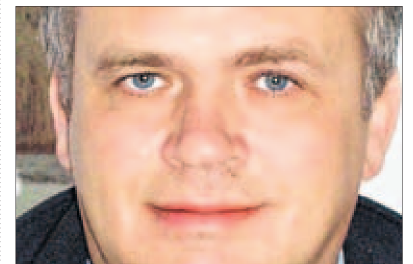
In manchen Punkten widerspricht der Ausschuss den Vorstellungen des Innenministeriums. Da ist zum einen der Termin. „Bis zum 1. April geht das gar nicht", kritisierte Amtsvorsteher Dietrich Neick. Zu vieles gelte es vorab zu klären: Verträge, Vermögensangelegenheiten, Kredite, EDV und die räumliche Gestaltung. Angesichts dessen, dass die Leitende Verwaltungsbeamtin in Mutterschutz geht und die Kämmerei derzeit unbesetzt ist, sei der 1. April nicht zu halten. Zudem habe man bis vor vier Wochen offiziell nichts von der Aufgabe der Amtsfreiheit Boltenhagens gewusst. Die Ausschussmitglieder schlagen dem Ministerium nun den 31. Dezember 2011 als Termin vor.

Dafür, dass das Amt Klützer Winkel Rechtsnachfolger von Boltenhagen werden soll, gebe es keinen Grund, befanden die Ausschussmitglieder. „Boltenhagen hört ja nicht auf zu existieren", sagte Neick. Hier gehe es nicht um eine Fusion, sondern um die Zuordnung einer Gemeinde zu einem Amt. Außerdem müsste das Amt als Rechtsnachfolger die Eigenbetriebe Kurverwaltung und Bauhof übernehmen, und die sollten doch bitte beim Ostseebad bleiben.

Eine Außenstelle des Amtes in Boltenhagen – auch das ein Vorschlag des Ministeriums – werde es nur geben, wenn die Gemeinde dafür die Sachkosten übernimmt. „Nach einem Jahr soll dann überprüft werden, ob die Stelle sinnvoll ist", lautet die Empfehlung des Amtsausschusses. Es wäre die einzige Außenstelle des Amtes.

Bleiben noch die Personalfragen und die Kosten. Vorgesehen ist, dass das Amt alle Mitarbeiter der Boltenhagener Verwaltung übernimmt. Das passt längst nicht allen. Bevor Petra Rappen und andere Mitglieder im Ausschuss mit ihren Bedenken gegen den einen oder anderen so richtig zum Zuge kommen, wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Ergebnis lautete dann wie folgt: „Das Amt Klützer Winkel ist bereit, alle Angestellten der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen zu übernehmen." Das betreffe jedoch nicht die Beamten. Einziger Wahlbeamter in Boltenhagen ist Bürgermeister Olaf Claus. Seine Stellvertreter sind Ehrenbeamte.

Bleiben zum Schluss die Kosten. „Wir sehen, dass zusätzliche auf das Amt zukommen", sagte Dietrich Neick. Die sollten durch das Innenministerium gedeckt werden, so die Forderung in der Stellungnahme des Amtes. Neick: „Wir sind in der Sache ein bisschen überfahren worden." *Sylvia Kartheuser*



„Der Termin 1. April ist nicht zu halten. Zu viele Dinge müssen geklärt werden."

Dietrich Neick , Amtsvorsteher im Amt Klützer Winkel

Da bleibt noch viel Arbeit



Sylvia Kartheuser über Zeitplan und Kosten zum geplanten Anschluss Boltenhagens ans Amt Klützer Winkel.

Das Innenministerium hat gesprochen: Boltenhagen muss seine Amtsfreiheit aufgeben und sich dem Amt Klützer Winkel anschließen. Und das schon zum 1. April dieses Jahres. So weit, so gut. Oder auch nicht. Denn es bleiben zwei Fragen: Warum diese plötzliche Eile? Und: Wer soll das bezahlen?

Bei jeder Gemeindefusion wurde den Kommunen ein deutlich längerer Zeitraum zugestanden, um einen Vertrag aufzusetzen, mit dem beide Partner leben konnten. Boltenhagen hat als bisher amtsfreie Gemeinde einen komplexen Verwaltungsapparat, der sich nicht hopplahopp in ein Amt integrieren lässt. So ist es verständlich, dass der Amtsausschuss eine Frist bis Jahresende bevorzugt.

Der zweite wichtige Punkt sind die Kosten. Derzeit sieht es so aus, als würde das Ministerium den Anschluss zwar anordnen, das Amt und die Gemeinde aber bei den Kosten allein lassen. Das ist gerade so, als würde eine Ehe erzwungen, bei der die Brautleute Feier und Ausstattung selbst finanzieren müssen. Das hebt kaum den Willen zur Vereinigung – auch nicht bei den Mitgliedern im Amtsausschuss.

Es bleibt noch viel Arbeit auf allen Seiten, auch auf der des Ministeriums. Steht zu hoffen, dass sich die Beteiligten rasch bewegen und ein Stillstand vermieden wird. Denn der brächte nichts ein und würde nur den Ruf des Ostseebades, des Amtes und auch des Ministeriums beschädigen.

Boltenhagens Finanzlage wird erst Ende Februar beraten

Wegen vorläufiger Haushaltsführungen soll es keine Einstellungen geben.

Von Kerstin Schröder

Boltenhagen – Während sich andere Gemeinde bereits intensiv mit ihren Finanzen beschäftigen, ist das in Boltenhagen noch kein Thema. Das wundert Silke Plieth. „Warum gibt es noch keinen Haushaltsentwurf“, fragte die BfB-Fraktionsvorsitzende in der Gemeindevertretersitzung Bürgermeister Olaf Claus (parteilos). „Schon 2010 gab es das Phänomen, dass erst im März der Haushaltsentwurf besprochen wurde und dann keine Investitionen getätigt werden konnten“, ärgerte sich Silke Plieth. Wie Bürgermeister Claus berichtete, werde voraussichtlich am 23. Februar der Haushalt in einer Finanzausschusssitzung beraten, um dann im März von den Gemeindevertretern beschlossen zu werden.

Abgesegnet haben die Gemeindevertreter die Anschaffung von drei Propellern für kommunalen Fischereihafen. Die sollen den Steg und die Hütten der Fischer vor Winterschäden schützen. Denn bildet sich eine dicke Eisdecke, kann es möglich sein, dass Pfähle herausgezogen werden und sich die Hütten verziehen. Den Schaden hätte dann die Gemeinde, in deren Besitz sich der Steg befindet. Etwa 2500 Euro haben die Propeller gekostet. Sie werden ins Wasser gehängt, um es in Bewegung zu halten, damit sich keine dicke Eisdecke bildet.

> „Schon 2010 gab es das Phänomen, dass erst im März der Haushalt beraten wurde.“
>
> **Silke Plieth (BfB)**

Weiterhin zur Verfügung gestellt werden rund 10 000 Euro. Mit dem Geld soll bereits in den Winterferien ein Hortraum umgestaltet werden. Er ist nötig, weil der Betreuungsbedarf an der Grundschule Boltenhagen gestiegen ist.

Finanzielle Auswirkungen hätte auch die Fortführung des Projektes „Schulwegbegleiter“. Wie Michael Steigmann (Die Linke) betonte, müsse das Thema im Finanzausschuss beraten werden, um eine Lösung im Sinne der Kinder zu finden. Die Verantwortung für die Kinder höre zwar am Zaun der Schule auf, aber sie und ihre Eltern würden sich sicherer fühlen mit einer Schulwegbegleiter, so Steigmann.

Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung haben die Gemeindevertreter den Bürgermeister darauf hingewiesen, dass er mit sofortiger Wirkung Einstellungen und Höhergruppierungen zu unterlassen habe. „Die Besetzung sämtlichen freier Planstellen sowie sonstige Einstellungen behält sich ausdrücklich die Gemeindevertretung vor“ hieß es in dem Beschlussvorlage. Das Gleiche gelte für Höhergruppierungen. Bis auf Wolfgang Seidel (BfB), der die Entscheidung in den Händen des Bürgermeisters lassen wollte, stimmten alle Gemeindevertreter dafür.

Olaf Claus selbst machte einen „Vorschlag zur Güte“. Er sicherte zu, keine Einstellungen vorzunehmen. Es gibt gegenwärtig auch keine freie Stellen. Ersatz müsste allerdings beschafft werden für eine längerfristig erkrankte Mitarbeiterin. Dagegen hatten die Gemeindevertreter nichts einzuwenden.